Die Jugendstudie der TUI STIFTUNG

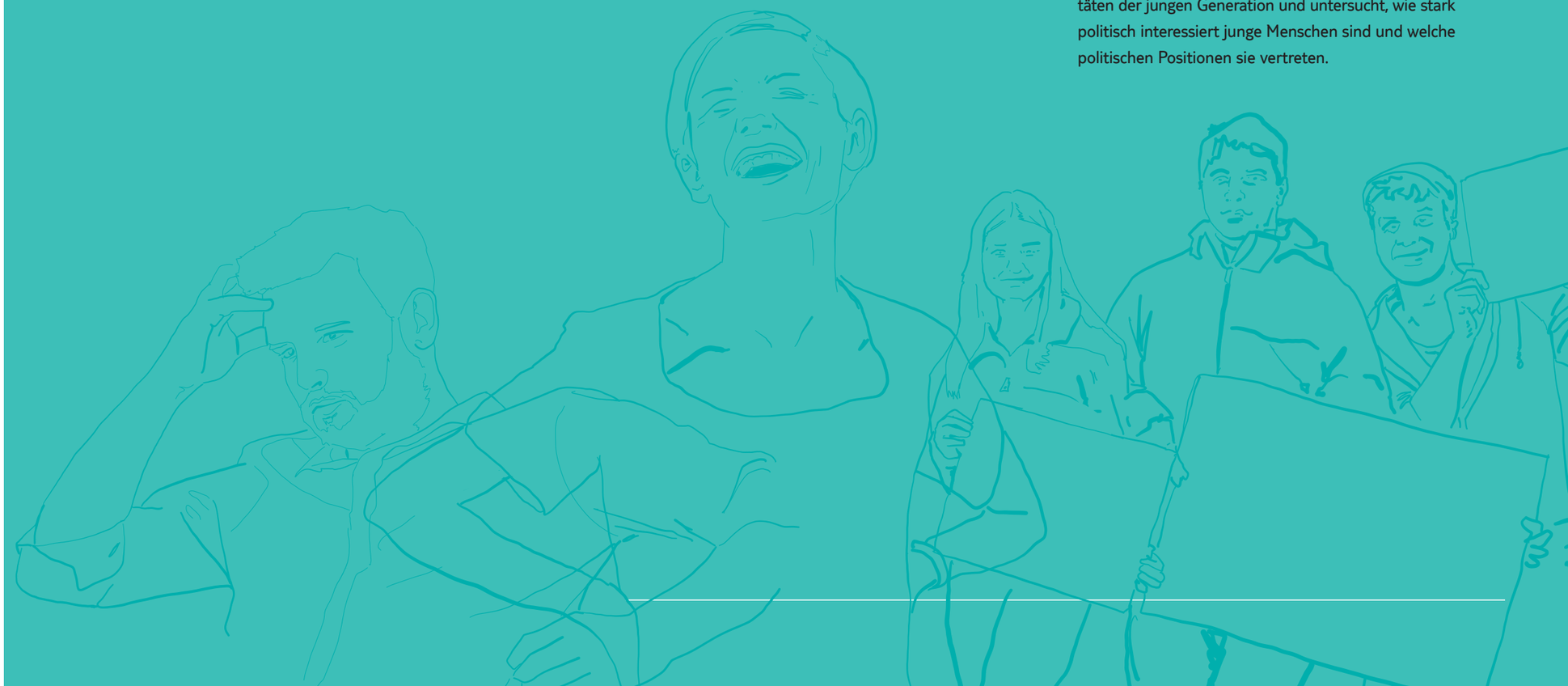
JUNGES EUROPA 2021

So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren

JUNGES EUROPA 2021 –
Die Jugendstudie der TUI Stiftung

Seit 2017 führt die TUI Stiftung die Studie „Junges Europa“ durch, um die Lebenswelt, Identität und politischen Einstellungen junger Menschen in Europa besser verstehen zu können.

Für die aktuelle Studie wurden im April 2021 mehr als 6200 junge Menschen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland und Polen befragt. Die Jugendstudie 2021 gibt Einblicke in die Lebenswelten junger Europäer:innen in Zeiten einer globalen Pandemie, fragt nach den politischen Prioritäten der jungen Generation und untersucht, wie stark politisch interessiert junge Menschen sind und welche politischen Positionen sie vertreten.



INHALT

4 **JUGEND IM JAHR 2021: AUSGEBREMST, DOCH DER BLICK NACH VORNE**
Marcus Spittler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

16 **WORDS TOP 20**

18 **AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER JUGENDSTUDIE 2021**

24 **METHODISCHES VORGEHEN**

25 **ÜBER DIE TUI STIFTUNG**

25 Impressum

Alle Ergebnisse der Jugendstudie 2021 finden Sie hier (PDF):

JUGEND IM JAHR 2021: AUSGEBREMST, DOCH DER BLICK NACH VORNE

Die Pandemie ist in Europa vielleicht bald überstanden. Doch nicht nur die Coronamaßnahmen haben Spuren im Verhältnis zwischen Jung und Alt hinterlassen. Die junge Generation ist müde, blickt aber optimistisch in die Zukunft. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren könnte Abhilfe schaffen gegen das Gefühl, nicht gehört zu werden, wie die diesjährige Jugendstudie der TUI Stiftung zeigt. Europäisch kristallisiert sich das neue Gemeinschaftsprojekt heraus: die Bekämpfung des Klimawandels, trotz der Pandemie.

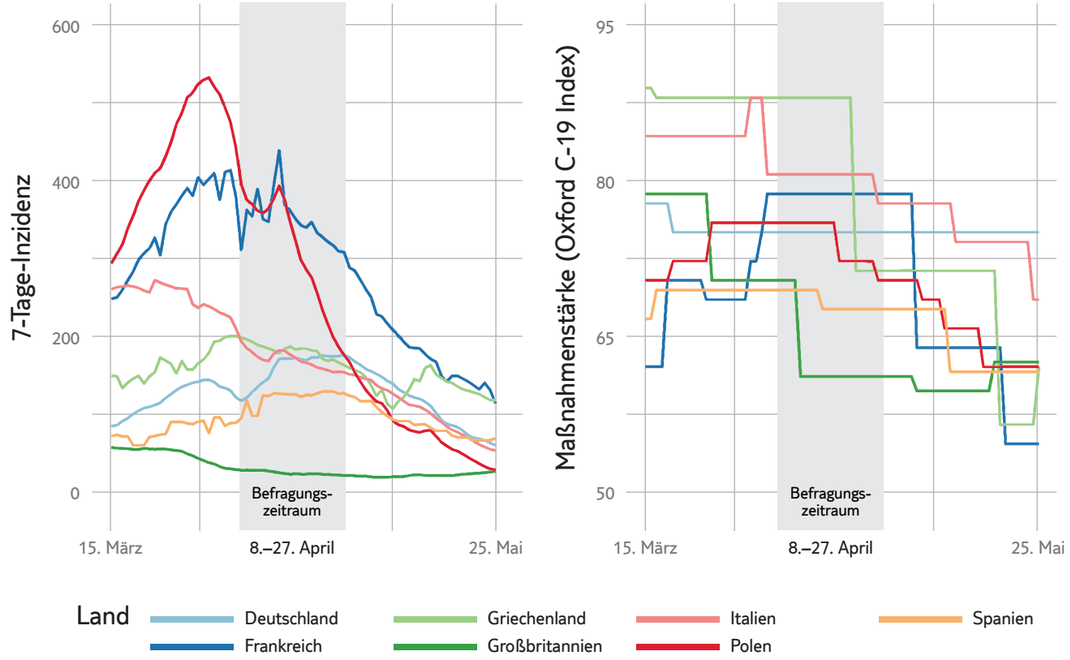
von Marcus Spittler

Es passt gut in die Zeit, dass in diesem Jahr ausgerechnet vier dünne, ausgezehrt wirkende, junge Italiener:innen den Eurovision Song Contest gewannen. Die Rocker:innen, die nicht mehr „brav und angepasst" leben wollen, bedienen gut das in den letzen Wochen in der Öffentlichkeit gezeichnete Bild einer von der Pandemie überlasteten Jugend. Ganz falsch ist das nicht: Tatsächlich ist Müdigkeit eines der am häufigsten genannten Gefühlszustände in dieser Studie. Einige der jungen Deutschen gaben sogar an, „mütend" zu sein, das in der Pandemie geprägte Kofferwort aus „müde" und „wütend". Gerade in der ersten und zweiten Welle musste man zurecht oft beklagen, dass viel *über* junge Erwachsene, vor allem ihre schulischen Karrieren, aber wenig *mit ihnen* geredet wurde. Hier fand eine Verbesserung statt. So werden mittlerweile auch junge Stimmen gehört, zum Beispiel der Bundesschülersprecher Dario Schramm oder die Autorin Diana Kinnert. Doch auch jetzt ist zweifelhaft, ob die Corona-Eindämmungsmaßnahmen und die Impfpriorisierung wirklich immer an den Wünschen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen orientiert sind. Obwohl die Politik mantraartig wiederholte „Schulen zuerst" zu öffnen, sah es in der Realität viel zu oft nach Büro- statt Schultag aus. Besonders für den außerschulischen Lebensbereich, wie Jugend- und Freizeiteinrichtungen, beklagen Jugendforscher:innen, dass die Bedürfnisse und Interessen Jugendlicher in der deutschen Pandemiebekämpfung „übersehen, übergangen und ignoriert"[1] wurden. „Die, um die es geht, haben keine Lobby", fasst es die Publizistin Christina Berndt zusammen.[2]

Es kann daher nicht überraschen, dass in der vorliegenden Befragung 72 Prozent der jungen Europäer:innen angeben, dass sie das fehlende öffentliche Leben zusammen mit der Kontaktreduzierung sehr belastet. Öffentliche Orte wie Cafés, Malls und Sportvereine sind Rückzugsorte für Jugendliche, an denen man sich unbeobachtet vom Elternhaus ausprobieren kann. Eine Universitätsbibliothek diszipliniert nicht nur zum Lernen, sondern hilft gegen die Einsamkeit in der Student:innenwohnung und zur Pflege sozialer Kontakte. Doch dort wurden die Maßnahmen gelegentlich mit besonderem Eifer umgesetzt. Im hessischen Dieburg ließ ein Bürgermeister Rollsplitt verteilen, um die Nutzung eines Skateparks zu verhindern,[3] in Brüssel vertrieb man mit Tränengas, Pferden und Wasserwerfern überwiegend junge Erwachsene aus den Parks.[4] Auch Junge verhalten sich nicht immer vorbildlich. Beispiele, wie den in der Bretagne aufgelösten Silvester-Rave mit 2.500 Teilnehmer:innen, gibt es zahlreiche.[5]

Doch diese Schlaglichter zeigen uns nur ein unvollständiges Bild von der Lebensrealität junger Menschen. Wie geht es also dieser Jugend, die gerade die Mode der 90er-Jahre wieder aufträgt? Die TUI Stiftung Jugendstudie 2021, die in diesem Jahr zum fünften Mal junge Erwachsene im Alter von 16 bis 26 Jahren befragt, zeigt ein differenziertes Bild, eins der Belasteten, aber auch derjenigen, denen es aktuell gut geht und die pragmatisch mit der Pandemie und ihrer Bekämpfung umgehen. Sie zeigt nicht das Bild einer uniformen *Generation Corona* oder gar *Generation Lost*, vielmehr blickt der überwiegende Teil der jungen Erwachsen noch immer optimistisch in die Zukunft (64 Prozent). Für die Studie wurden die Stimmen von 6.253 Jugendlichen aus sieben west- und mitteleuropäischen Ländern gehört. Sie wurden zur Coronapandemie und mit Blick auf die kommende Bundestagswahl nach politischen und demokratischen Einstellungen befragt.

Abbildung 1: Die Corona-Situation im April 2021



1 Hafeneger, Benno. Jugend und Jugendarbeit in Zeiten von Corona, 2021, S. 44.

2 https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-26-mai-2021-100.html

3 https://www.hessenschau.de/panorama/aerger-um-rollsplitt-dieburger-skatepark-wieder-freigeschaufelt,rollsplitt-skatepark-100.html

4 https://www.independent.co.uk/news/world/europe/brussels-police-april-fools-festival-b1825810.html

5 https://www.tagesschau.de/ausland/rave-silvester-frankreich-101.html

Die meisten jungen Erwachsenen halten sich an die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung

Auch im zweiten Jahr der Pandemie, und das ist eines der zentralen Ergebnisse dieser Studie, hält sich eine Mehrheit der Jugendlichen an alle oder überwiegend alle Maßnahmen (74 Prozent, Gesamtstudie/Seite 21). Trotz der fortschreitenden Dauer der Pandemiebekämpfung blieb dieser Anteil in Deutschland zwischen September 2020 (83 Prozent) und April 2021 (80 Prozent) nahezu konstant. Noch immer halten junge Erwachsene die Maßnahmen vor allem ein, um die Gesundheit anderer Menschen zu schützen (76 Prozent), doch auch der Schutz der eigenen Gesundheit ist ein relevantes Motiv (54 Prozent). Es gibt jedoch erhebliche Länderunterschiede. Während in Frankreich und Großbritannien nur 41 Prozent um ihre eigene Gesundheit besorgt sind, sind es in Italien und Spanien um die 70 Prozent. Auch Strafen spielen in diesen beiden Ländern eine größere Rolle.

Tatsächlich könnte man zunächst annehmen, dass ein solcher Ländervergleich angesichts des dynamischen Infektionsgeschehens schwierig ist. In Abbildung 1 ist daher das Infektionsgeschehen während und um den Befragungszeitraum im April 2021 abgetragen. Polen hat in diesem Zeitraum etwa seine 7-Tage-Inzidenz mehr als halbiert, während sie in Griechenland auf einem Niveau von 180 fast stagnierte. Auch sind die Länder mit höchst unterschiedlichen Impf-, Test- und Eindämmungsstrategien mit diesen Inzidenzwerten umgegangen. So gestattete Großbritannien im Befragungszeitraum (April 2021) seinen Staatsbürger:innen das Reisen nur im Ausnahmefall, während Spanien zwar die Ein- und Ausreise erlaubte, aber den Verkehr zwischen den 17 autonomen Gemeinschaften verbot.[6] Dort war wiederum die Außengastronomie geöffnet, was in den meisten anderen Ländern zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich war. Diese Regularien zu ordnen versucht der „Covid-19 Government Response Tracker" der Oxford Universität, die auf Basis von Indikatoren wie Schul- und Arbeitsplatzschließungen oder dem Verbot öffentlicher Veranstaltungen einen Index berechnet, mit dem ein Vergleich der Länder möglich ist (rechte Hälfte Abbildung 1).[7]

Einen Zusammenhang zwischen dem Infektionsgeschehen und seiner Bewertung kann man in Deutschland sehen. Empfanden im September 2020, vor Beginn der zweiten Welle, noch 52 Prozent der Jungen die Maßnahmen als angemessen, halten auf dem Höhepunkt der dritten Welle, im April 2021, 57 Prozent die Maßnahmen für (eher) nicht ausreichend (Gesamtstudie/Seite 22). Was jedoch den Ländervergleich betrifft, so sieht man, dass die Einhaltung der Maßnahmen und deren Bewertung nur bedingt an das tatsächliche Infektionsgeschehen gekoppelt ist. Vor allem junge Pol:innen und Griech:innen sind pandemiemüde. Viele geben an, sich nicht oder nur eingeschränkt an die Maßnahmen zu halten (Griechenland: 40 Prozent, Polen: 31 Prozent), dabei lag die Inzidenz in diesen beiden Ländern im Vergleichszeitraum im mittleren bis oberen Bereich. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie polarisieren dort stark. So halten je 38 Prozent der Pol:innen und Griech:innen diese für übertrieben, während sie für etwa 45 Prozent nicht ausreichen (Gesamtstudie/Seite 22). Ganz anders in Großbritannien: Bei deutlich niedriger Inzidenz wünscht sich eine Mehrheit der jungen Brit:innen stärkere Maßnahmen (51 Prozent) oder hält die aktuellen zumindest für angemessen (34 Prozent).

Damit gehören die jungen Brit:innen zu einer Mehrheit der jungen Europäer:innen, die sich im April 2021 stärkere Maßnahmen gegen das Coronavirus wünschen (53 Prozent). Und das, obwohl die Maßnahmen auch das Verhältnis zwischen Jung und Alt belasten. 38 Prozent der Jugendlichen geben an, dass sie die Einhaltung von Abstands- und Hygienemaßnahmen auch gegen den Widerstand ihrer Eltern oder Großeltern durchsetzen mussten. Denn viele der Jungen haben vor allem Sorge, ältere Menschen anzustecken. Um so bedauerlicher ist es, dass viele von ihnen nicht das Gefühl haben, dass ihr eigener Verzicht in der Pandemie wertgeschätzt wird (76 Prozent, Gesamtstudie/Seite 42). Das zeigt sich auch daran, dass seit Januar 2020 der Anteil derjenigen angestiegen ist, die dem eher allgemeinen Satz zustimmen: „Es ist nicht einfach für junge und ältere Menschen, sich darauf zu einigen, was am besten für die Gesellschaft ist" (Gesamtstudie/Seite 43).

6 https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/123495/Berichte-England-wird-striktes-Reiseverbot-Mitte-Mai-aufheben

7 Hale, Thomas, Noam Angrist, Rafael Goldszmidt, Beatriz Kira, Anna Petherick, Toby Phillips, Samuel Webster, u. a. „A Global Panel Database of Pandemic Policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker)". Nature Human Behaviour 5, Nr. 4 (April 2021), S. 529–38. https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8.

Betroffenheit abhängig von sozioökonomischer Lage

Wie gut oder schlecht die Jugendlichen selbst durch die Pandemie kommen, hängt auch davon ab, wie stark sie selbst betroffen sind. So gibt zwar eine Mehrheit von 52 Prozent an, dass sich ihre Lebenssituation verschlechtert hat, doch auch 32 Prozent spüren keine Veränderung und für 10 Prozent hat sich seit der Pandemie sogar eine Verbesserung eingestellt (Gesamtstudie/Seite 15). 57 Prozent der Jungen geben an, insgesamt ganz gut mit der Coronapandemie zurechtzukommen (Gesamtstudie/Seite 26). Ähnlich sieht es bei den finanziellen Einbußen aus. So spürt etwa die Hälfte selbst keine finanziellen Einbußen durch die Pandemie, während auf der anderen Seite 10 Prozent angeben, ihre Arbeit verloren zu haben. Weitere 29 Prozent sagen, dass sie seit der Pandemie weniger verdienten. Besonders viele Griech:innen sind ökonomisch betroffen, was auch ein Grund für deren starke Pandemiemüdigkeit sein könnte.

Wer in welche Gruppe fällt, ist dabei keineswegs zufällig. Zum einen wiederholt sich das bekannte Muster, dass es vor allem die südeuropäischen Länder sind, in denen es den Jungen schlechter geht.

Zum anderen sind besonders Jugendliche aus ärmeren Haushalten betroffen. Hier geben 64 Prozent an, dass sich ihre Lebenssituation verschlechtert hat, gegenüber 44 Prozent in den gehobenen Haushalten, wo die eigene technische Ausstattung besser und ein eigenes Zimmer vorhanden ist. Dieser doch große Unterschied verstärkt sich noch einmal, wenn junge Erwachsene selbst in Kontakt mit dem Coronavirus gekommen sind.

Auch Junge möchten geimpft werden

Der zunehmende Impffortschritt hat das Potenzial, die Belastungen in Zukunft abzumildern. Zum Zeitpunkt der Befragung waren in der Europäischen Union (EU) circa 15 Prozent der Bevölkerung erstgeimpft, sodass bei den befragten Jugendlichen folglich nur knapp 4 Prozent angaben, eine erste Impfdosis erhalten zu haben (Gesamtstudie/Seite 25). Der überwiegende Teil von ihnen wäre dazu aber bereit.
45 Prozent wollen sich ohne Zweifel impfen lassen, weitere 12Prozent mit einem schlechten Gefühl. Nur 17 Prozent der Jugendlichen in den sechs EU-Staaten sagen, dass sie sich nicht impfen lassen möchten. Besonders groß sind diese Gruppen in Frankreich, Griechenland und Polen. In Polen gehören mit 27 Prozent mehr in die Gruppe derer, die sich nicht impfen lassen möchten, als solche, die dies ohne Zweifel tun würden (25 Prozent). Dass der Anteil der Impfunwilligen jedoch noch stark sinken könnte, dafür sprechen die Zahlen aus Großbritannien. Dort hat die von der EU abweichende Impfstrategie, bei der die Zweitimpfung verzögert gegeben wird, dazu geführt, dass mehr Jüngere in die Nähe eines Impftermins rückten (11 Prozent der jungen Brit:innen gaben an, bereits geimpft zu sein). Der Anteil der Impfablehner:innen ist in Großbritannien mit 3 Prozent deutlich kleiner. Man kann daher erwarten, dass, wenn das Impfangebot konkreter wird, auch in der EU gute Chancen bestehen, dass es auch angenommen wird.

Impfskepsis beruht häufig auf einer Fehlwahrnehmung des Risikos von Nebenwirkungen.[8] Kampagnen, die über das tatsächliche Risiko aufklären, könnten auch bei Jungen die Impfbereitschaft steigern. Vielleicht werden aber auch in der EU Maßnahmen wie im US-Bundesstaat Ohio notwendig sein. Hier verloste man unter den impfwilligen Jugendlichen Collegestipendien im Wert von bis zu einer Million US-Dollar, um auch jüngere Menschen zum Impfen zu bewegen.[9]

Umwelt- und Klimaschutz weiterhin wichtigstes politisches Thema

Die Coronapandemie dominiert jedoch nicht alles. So bleibt auch 2021 der Umwelt- und Klimaschutz das wichtigste Thema für junge Erwachsene in der Europäischen Union (Gesamtstudie/Seite 36). Zwar hat auch die Frage der Gesundheitspolitik wie zu erwarten zugenommen, rangiert jedoch nur auf Platz vier. Damit sehen die Jungen es ähnlich wie das Bundesverfassungsgericht und andere europäische Gerichte, die immer stärker Regierungen und Unternehmen in die Pflicht nehmen, mehr für die Bekämpfung des Klimawandels zu tun und nicht alle Lasten auf die Zukunft abzuwälzen. Allerdings gilt dies nicht für alle europäischen Länder. In Spanien hat mit der Pandemie tatsächlich die Relevanz von wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen stärker zugenommen und die Bedeutung von Klimafragen abgelöst. Ähnlich ist dies auch in Griechenland. Ähnlich ist dies auch in Griechenland. Dort ist das Thema „Migration und Asyl" für die junge Bevölkerung noch immer am wichtigsten, während es in den meisten anderen Ländern seit 2019 deutlich in den Hintergrund gerückt ist.

Anders ist die Themensetzung auf nationaler Ebene. Hier ist das Thema Umwelt- und Klimaschutz nur in Deutschland, Großbritannien und Frankreich auf Platz eins, in Frankreich und Polen sind wirtschaftspolitische Fragen relevant. Die starke Diskrepanz zwischen den europäischen Ländern zeigt sich beim Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Während dies für spanische, griechische und italienische das das wichtigste nationale Thema ist (dies nennen zwischen 38 Prozent und 44 Prozent), ist dies in Polen und Deutschland auch für junge Menschen nahezu kein Thema. Interessant sind auch regionale Besonderheiten bei anderen Themenschwerpunkten. So nahm in Großbritannien die Wichtigkeit des Themas Gesundheitspolitik zwischen 2020 und 2021 sogar ab statt zu (von 51 Prozent vor der Pandemie auf aktuell 36 Prozent). Offenbar hat sich der britische National Health Service, der vor allem durch den Brexit in den Fokus rückte, in der Krise als widerstandsfähiger erwiesen, als es viele junge Brit:innen erwartet hätten. Anders in Deutschland. Hier ist wie in keinem anderen Land das Thema Digitalisierung für die nationale Agenda relevant. Für 30 Prozent der jungen Deutschen gehört dies zu den wichtigsten Themen.
Wichtig ist die Frage der Digitalisierung auch für die Abschätzung der Coronafolgen. Denn aktuell ist noch nicht bekannt, ob das Homeschooling größere Lücken in Gebieten ohne Breitbandausbau gerissen hat.[10]

Sinkendes politisches Interesse?

Es verwundert zunächst, dass die Jugendstudie der TUI Stiftung 2021 in den meisten Ländern ein sinkendes Interesse junger Erwachsener an Politik berichtet. Von Deutschland und Großbritannien abgesehen ist der Anteil derjenigen, die angeben, sich stark oder sehr stark für Politik zu interessieren, seit 2019 leicht gesunken (33 Prozent). Sorgen muss einem diese

8 Schnell, Rainer und Sonja Haug, 2021: Impfbereitschaft und Einstellungen zu Alternativmedizin und Verschwörungstheorien. Vortrag am Wissenschaftszentrum Berlin am 9.6.2021, https://coronasoziologie.blog.wzb.eu/podcast/rainer-schnell-und-sonja-haug-impfbereitschaft-und-einstellungen-zu-alternativmedizin-und-verschwoerungstheorien/.

9 https://www.bbc.com/news/world-us-canada-57264045

10 https://www.tagesspiegel.de/berlin/keine-lust-auf-einen-zweiten-pisa-schock-warum-ein-berliner-forscher-das-corona-schuljahr-bis-dezember-verlaengern-will/26916176.html

Entwicklung jedoch nicht machen. Wahlen wie die Europawahl 2019 stimulieren das politische Interesse. Bekanntes Beispiel für dieses Phänomen ist das besonders für die deutsche Jugend der Nullerjahre diagnostizierte politische Desinteresse,[11] das, soweit man es heute weiß, vor allem eine Normalisierung gegenüber der Hochpolitikphase der Wiedervereinigung war.[12]
Das Interesse an Politik schwankt auch bei jungen Menschen mit der gesamtpolitischen Lage. Dementsprechend interessiert zeigen sich die deutschen Befragten in diesem Jahr (ihr Interesse stieg von 36 Prozent auf 41 Prozent) auch am Ausgang der Bundestagswahl (80 Prozent sind „gespannt"). Einige Jugendliche scheint die Phase der Coronapandemie sogar zu neuen politischen Aktivitäten stimuliert zu haben. 23 Prozent geben an, sich nun stärker zu engagieren (Gesamtstudie/Seite 31).

Anders sieht dies in Ländern wie Frankreich und Italien aus. Dort muss man die negative Entwicklung des insgesamt niedrigen politischen Interesses mittlerweile als kritisch einstufen. Besonders in Frankreich, einem Land mit noch vergleichsweise niedriger Jugendarbeitslosigkeit und einem stabilen politischen System, setzt sich ein Trend fort, den wir bereits über längere Zeit in der TUI Stiftung Jugendstudie beobachten: ein geringes Interesse an Politik (45 Prozent der Franzos:innen geben an, sich überhaupt nicht oder wenig zu interessieren), eine zunehmende Entfremdung vom politischen System (nur 42 Prozent stimmen zu, dass die Demokratie alles in allem die beste Staatsform ist) und ein vergleichbar hoher Anteil Jugendlicher mit populistischen Einstellungen (12 Prozent).

Der zweite Punkt, der zu politischen Maßnahmen anregen sollte, ist der noch immer starke Einfluss individueller Ressourcen auf das politische Interesse, wie Bildung, Wohlstand und Gelegenheiten zur Partizipation, aber auch des Geschlechts. So zeigten sich junge Frauen deutlich seltener politisch interessiert (24 Prozent gegenüber 41 Prozent bei den jungen Männern). Besonders ausgeprägt ist der Geschlechterunterschied ausgerechnet in jenen Ländern, in denen das politische Interesse insgesamt hoch ist (70 Prozent der Briten interessieren sich (sehr) stark, gegenüber 47 Prozent der Britinnen). Besonders hoch ist das politische Interesse dann, wenn Eltern regelmäßig wählen gehen (hier interessieren sich 87 Prozent der Jungen für Politik gegenüber 71 Prozent bei den Elternhäusern mit niedriger Beteiligung), wenn man sich durch Schule und Ausbildung gut auf das Wählen vorbereitet fühlt (42 Prozent gegenüber 30 Prozent) und man das politische System insgesamt als fair betrachtet. Es ist also durchaus möglich durch Bildung und Beteiligungschancen einen ganz erheblichen Unterschied beim politischen Interesse junger Menschen zu erzielen und es lohnt sich, explizit junge Frauen und politikferne Familien.

Eine Mehrheit der jungen Deutschen und Brit:innen spricht sich für ein Wahlrecht ab 16 Jahren aus

Denn, politisches Interesse ist keinesfalls gleich verteilt. Dabei ist es einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die Wahrscheinlichkeit, sich an Wahlen zu beteiligen (vgl. linke Abbildung Gesamtstudie/Seite 54).[13] Ein weiterer Faktor ist die Verinnerlichung einer Wahlnorm, also Wählen als Bürgerpflicht zu begreifen. Diese Sichtweise ist erstaunlich weit verbreitet, 83 Prozent der Jugendlichen stimmen ihr zu (Gesamtstudie/Seite 52). Das kann jedoch nicht darüber hinweg-

11 vgl. Hurrelmann, Klaus, Mathias Albert, Deutsche Shell-Aktiengesellschaft, und Infratest-Sozialforschung GmbH, Hrsg. Jugend 2002: zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. 5. Aufl. Shell-Jugendstudie, 2002. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 2004.

12 Kroh, Martin. „Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel?" In Jugend und Politik: „Voll normal!", herausgegeben von Edeltraud Roller, Frank Brettschneider, und Jan W. van Deth, 185–207. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90094-0_7, S. 203.

13 Campbell, Angus, Hrsg. The American voter. Chicago: University of Chicago Press, 1960.

täuschen, dass sich gerade in den repräsentativen Wahlstatistiken über viele Jahrzehnte stabil zeigt, dass junge Erwachsene sich in der Regel nur unterdurchschnittlich an Wahlen beteiligen. Ihre Beteiligung ist in den Altersjahren nach Verlassen des Elternhauses bis zum Übergang ins Erwachsenenalter besonders niedrig.[14]

Die Gründe für diese Wahlmüdigkeit sind vielfältig. Zu den wichtigsten gehört sicher, dass sich bei den Jungen noch nicht das eingestellt hat, was man einen *kumulativen Habituations-Effekt* nennt, sprich eine Gewöhnung an die Wahlteilnahme. Als Gegenmittel wird immer wieder sowohl wissenschaftlich als auch öffentlich die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre diskutiert. Viele Vorbilder gibt es dazu allerdings nicht. In Europa gesteht nur Österreich seinen Jungen ein Wahlrecht mit 16 Jahren auf nationaler Ebene zu.[15] Dort sind die empirischen Begleitstudien durchweg positiv. So geht man mittlerweile davon aus: Wer bereits mit 16 Jahren wählt, dessen Wahrscheinlichkeit liegt höher, sich auch bei zukünftigen Wahlen zu beteiligen.[16] Ein nationales Wahlrecht ab 16 eröffnet die Möglichkeit, den ersten Wahlgang stärker in den schulischen Alltag und die Ausbildung zu integrieren und damit inhaltlich zu begleiten, was zu einem besseren politischen Bewusstsein der Jugendlichen führt.[17] Diese spezielle Ansprache müsse dann aber auch geschehen, betonen Thorsten Faas und Arndt Leininger, Verfasser der Studie „Wählen mit 16", denn gerade bei jungen Menschen ist die soziale Selektion beim Interesse und bei der Kommunikation über Politik hoch. Aber auch die beiden Autoren, die sich sehr genau das Wechselspiel zwischen Bundes- und Landeswahlrecht mit und ohne Beteiligung der 16- und 17-Jährigen anschauen, kommen zu dem Schluss, dass „jedenfalls nicht[s] *gegen* eine Absenkung des Wahlalters spricht"[18].

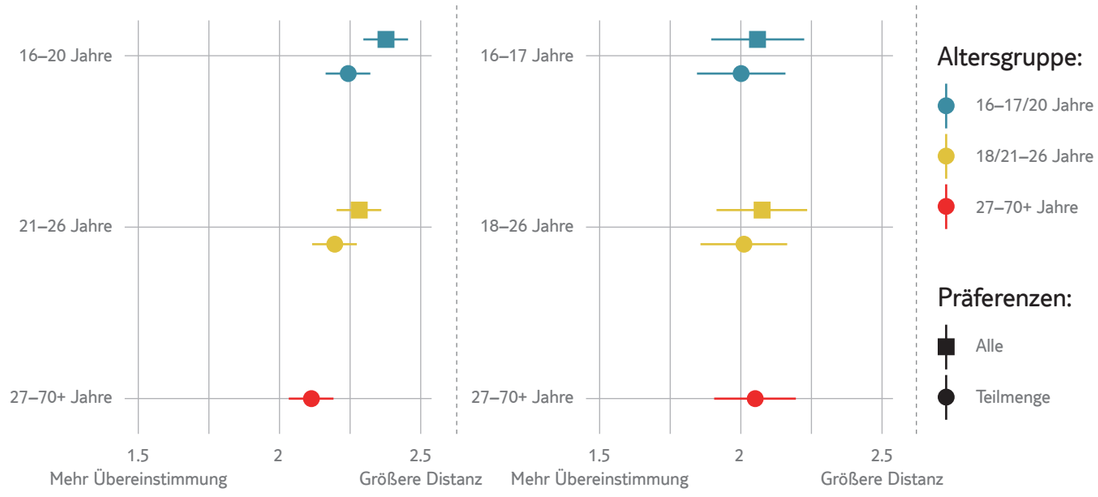
Vor allem aber könnte die Absenkung des Wahlalters eine symbolische Wirkung unter den jungen Erwachsenen entfalten und signalisieren, dass auch ihre Belange gehört werden. Denn gerade beim Wählen fühlt sich die kommende Generation von den Älteren übervorteilt. So stimmen 64 Prozent dem Satz zu: „Das Wahlverhalten älterer gefährdet die Zukunft junger Menschen.", ein Ergebnis, dass nicht nur politisch Verantwortliche besorgen sollte. Auch glauben die Jungen nicht, dass Ältere ihre Interessen beim Wählen ausreichend berücksichtigen (72 Prozent, Gesamtstudie/Seite 43). Dieser Eindruck teilen sowohl politisch Interessierte als auch Desinteressierte. Während es große Unterschiede bei der *eigenen* Selbstwirksamkeit zwischen diesen beiden Gruppen gibt (nur 12 Prozent der Desinteressierten trauen sich zu, sich an einem politischen Gespräch aktiv zu beteiligen, gegenüber 83 Prozent bei den Interessierten), sind die Unterschiede bei der *externen* Selbstwirksamkeit, also wie gut die Politik auf die Anliegen der Bevölkerung reagiert, sehr gering. Nur 13 Prozent glauben, dass sich Politiker:innen um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen (Interessierte 19 Prozent, Desinteressierte 10 Prozent). Es sind also keineswegs nur die Desinteressierten, die hier Kritik äußern, sondern auch jene, die eigentlich für Politik gut erreichbar sind.

Gegen eine Absenkung des Wahlalters wird häufig angeführt, 16- und 17-Jährigen fehle die nötige Reife und das politische Wissen für eine qualifizierte Wahlentscheidung. Auch unter den Jungen ist diese Sichtweise weit verbreitet. Umso mehr überraschen die Ergebnisse der TUI Stiftung Jugendstudie für Großbritannien und Deutschland. Dort gibt es erstmals eine knappe Mehrheit (Deutschland: 54 Prozent, Großbritannien: 56 Prozent) für die Absenkung des Wahlalters, während in den anderen europäischen Ländern das Bild wie gewohnt gemischt ist. Dort begrüßt nur ein knappes Drittel die Absenkung des Wahlalters. Damit halten sich junge Erwachsene häufig selbst für unmündiger, als sie es sind. Studien in der Vergangenheit haben bereits demonstriert, dass sich das politische Interesse, das Wissen und die Teilnahme an außerinstitutionellen Partizipationsformen wie etwa Demonstrationen zwischen den 16- und 17-Jährigen und den Älteren kaum unterscheiden.[19]

Wenn aber junge Erwachsene grundsätzlich das politische Wissen und Interesse haben, stellt sich die Frage, ob sie auch in der Lage sind, eine qualifizierte Wahlentscheidung zu treffen. Würden sie wirklich die Partei wählen, die auch ihrer politischen Position entspricht?

Die TUI Stiftung Jugendstudie liefert dazu Daten, die helfen, diese Frage zu beantworten. Dazu wurden die jungen Erwachsenen in verschiedenen Politikfeldern nach ihren ökonomischen und soziokulturellen Präferenzen befragt (Gesamtstudie/Seite 63ff.). So sagen 44 Prozent, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum haben sollte. Bei der Frage, ob die europäische Integration bereits zu weit gehe oder weiter vorangetrieben werden sollte, sind sich die Jugendlichen uneins. 33 Prozent sprechen sich für ein eher balanciertes Vorgehen aus. Auch interessante Länderdifferenzen lassen sich hier entdecken. So sehen sich britische und spanische Jugendliche überwiegend politisch links (Großbritannien: 43 Prozent, Spanien: 39 Prozent), junge Pol:innen sprechen sich vergleichsweise stark gegen eine weitere Stärkung von LGBTQ+-Rechten aus (22 Prozent), und Griech:innen sind besonders in der Frage der Zuwanderung skeptisch (41 Prozent sind für mehr Beschränkung).

Abbildung 2: Inhaltliche Übereinstimmung von Parteien und Wähler:innen



14 Bhatti, Yosef, Kasper M. Hansen, und Hanna Wass. „The Relationship between Age and Turnout: A Roller-Coaster Ride". Electoral Studies 31, Nr. 3 (September 2012): 588–93. https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.05.007.

15 In Griechenland liegt das aktive Wahlrecht bei 17 Jahren, das passive Wahlrecht erlangt man mit 25 Jahren.

16 Bronner, Laura, und David Ifkovits. „Voting at 16: Intended and Unintended Consequences of Austria's Electoral Reform". Electoral Studies 61 (Oktober 2019): 102064. https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102064.

17 Kritzinger, Sylvia, und Eva Zeglovits. „Wählen mit 16 – Chance oder Risiko?" In Politische Beteiligung junger Menschen, herausgegeben von Jörg Tremmel und Markus Rutsche, 185–99. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2016. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10186-2_9.

18 Faas, Thorsten, und Arndt Leininger. „Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters", OBS-Arbeitspapier 41. 2020, S. 64 (Hervorhebung im Original).

19 Wagner, Markus, David Johann, und Sylvia Kritzinger. „Voting at 16: Turnout and the Quality of Vote Choice". Electoral Studies 31, Nr. 2 (Juni 2012): 372–83. https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.01.007; vgl. auch die Ergebnisse der TUI Stiftung Jugendstudie 2019.

Um nun zu prüfen, ob junge Erwachsene ihre Partei finden, haben wir in einer Art Sonntagsfrage nach der Partei gefragt, die junge Erwachsene wahrscheinlich bei einer zukünftigen Wahl wählen würden. Diese Parteiwahl haben wir mit den inhaltlichen Präferenzen der Jugendlichen verglichen, wobei wir die wahre Position einer Partei aus einer Befragung von politischen Expert:innen abgeleitet haben.[20] Ganz praktisch heißt das, wenn eine junge SPD-Wählerin angab, auf einer Skala von 0, weniger Umverteilung, bis 10, mehr Umverteilung, bei 7 zu liegen, und die SPD als Partei nach Einschätzung der Expert:innen in dieser Frage bei 6 liegt, dann ergibt sich eine Distanz von einem Skalenpunkt zwischen der SPD-Wählerin und ihrer Partei. Diese Rechnung haben wir hier für die verschiedenen politischen Sachfragen und Parteien in den Ländern wiederholt durchgeführt und den durchschnittlichen Abstand der Jungwähler:innen zu ihren Parteien ermittelt. Die Ergebnisse nach Altersgruppen aufgeschlüsselt finden sich in Abbildung 2.[21] Im Schnitt liegt die Distanz zwischen einer Jungwähler:in und ihrer Partei bei etwa 2 bis 2,5 Skalenpunkten. Interessant ist, dass zwischen den beiden Altersgruppen der 16- bis 20-Jährigen und den 21- bis 26-Jährigen keine signifikanten Unterschiede bestehen, die beiden Altersgruppen also etwa gleich gute Wahlentscheidungen treffen können.[22] Für junge Deutschen ist aufgrund der hohen Anzahl an Befragten eine gesonderte Auswertung der 16- und 17-Jährigen, also jenen ohne bundesweites Wahlrecht, möglich (rechte Hälfte der Abbildung). Auch hier wiederholt sich das europäische Ergebnis: Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen den jungen Altersgruppen. Um abschließend der Frage nachzugehen, wie Junge insgesamt gegenüber Erwachsenen über 26 Jahren abschneiden, haben wir Vergleichsdaten aus der europäischen Wahlstudie 2019 hinzugezogen.[23]

Während in Deutschland auch hier keine Unterschiede zwischen Nichtwahlberechtigten, den Jungwähler:innen und den Älteren auszumachen sind, zeigt sich, dass in den anderen europäischen Ländern die Wahlentscheidung junger Erwachsener im Vergleich zu den Älteren etwas schlechter ist. Der Unterschied ist jedoch klein. Diese Ergebnisse der TUI Stiftung Jugendstudie 2021 lassen daher den Schluss zu, dass Jugendliche durchaus in der Lage sind, ihre Präferenzen mit denen der Parteien inhaltlich in Kongruenz zu bringen und eine qualitative Wahlentscheidung zu treffen. Damit bestätigt sich, dass die Wahlaltersgrenze vor allem historisch bedingt und weniger in den kognitiven politischen Fähigkeiten der Jugendlichen begründet ist.

Damit scheint die Absenkung des Wahlalters tatsächlich mehr Chancen als Risiken zu bergen. Bei aller Emotionalität in der Debatte sollte man aber zwei Punkte nicht vergessen: Auch wegen des demografischen Wandels geht es bei den 16- und 17-Jährigen um eine ausgesprochen kleine Gruppe, deren politischer Einfluss bei Wahlen stark beschränkt ist. Auch bedeutet das formale Wahlalter 16 für nicht wenige junge Erwachsene, zuerst im Alter von knapp 20 Jahren erstmals wählen zu gehen. Auch wird die Absenkung des Wahlalters kein Allheilmittel gegen politische Apathie und soziale Selektivität sein. Hier bleiben weiter Maßnahmen der politischen Bildung notwendig.

20 Ryan Bakker, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen, and Milada Anna Vachudova. 2020. „2019 Chapel Hill Expert Survey." Version 2019.1. Available on chesdata.eu. Chapel Hill, NC: University of North Carolina, Chapel Hill.

21 Lesehilfe: Die Abbildung zeigt die mittlere Distanz (Quadrate, Kreise) zwischen Wähler:innen und ihren Parteien und die dazugehörigen Konfidenzintervalle (Striche) getrennt nach Altersgruppen. Die horizontale Achse gibt an, wie groß diese Distanz ist (0=perfekte Übereinstimmung, 10=größtmögliche Distanz). Neben allen Präferenzen (mit einem Quadrat gekennzeichnet) wurde zusätzlich mit einem reduzierten Set an Präferenzen gerechnet (Kreise), da in den Vergleichsdaten für die Erwachsenen aus der Europawahlstudie 2019 nur die Präferenzen für Umverteilung, Migration und Umweltschutz enthalten sind. Die Stichprobe für Deutschland umfasste bei den Jugendlichen 671 Befragte, bei den Älteren 780; für Europa 3.418 Junge und 4.650 Ältere. Griechenland konnte aufgrund der geringen Fallzahlen nicht aufgenommen werden.

22 Wagner et al. 2012 kommen zu ähnlichen Befunden, allerdings beschränkt auf die Rechts-Links- und die europapolitische Position. Für die Befunde der TUI Stiftung Jugendstudie 2021 steht eine externe Begutachtung noch aus.

23 Die Vergleichsdaten für die erwachsene Bevölkerung älter als 26 Jahre stammen aus der European Parliament Election Study 2019 (EES): Schmitt, Hermann; Hobolt, Sara B.; van der Brug, Wouter; Popa, Sebastian Adrian (2020): European Parliament Election Study 2019, Voter Study. GESIS Data Archive, Cologne. ZA7581 Data file Version 1.0.0, https://doi.org/10.4232/1.13473.

Denn die politische Integration junger Menschen in die europäischen Demokratien ist keineswegs ausgemacht. Wie in den TUI Stiftung Jugendstudien der vergangenen Jahre, ist sich auch 2021 nur eine knappe Mehrheit (57 Prozent) sicher, dass die Demokratie die beste Staatsform ist (Gesamtstudie/Seite 55). Diese mäßige Zustimmung ist bristant vor dem Hintergrund, dass nicht zuletzt durch die Coronapandemie ist ein neuer Wettstreit der politischen Regime entbrannt ist. Ein Akteur in der Pandemiebekämpfung, vor allem beim Einkauf von Impfstoff, ist die Europäische Union. Ihr stellen jetzt vor allem junge Deutsche (43 Prozent) und Französ:innen (34 Prozent) ein schlechtes Zeugnis für ihre Arbeit in der Pandemie aus (Gesamtstudie/Seite 23). Zwar zeigen noch immer die meisten jungen Erwachsenen eine hohe Identifikation mit Europa. 57 Prozent geben an, sich entweder ausschließlich oder teilweise als Europäer:in zu sehen. Doch auch hier ist in den letzten drei Jahren, vor allem in Frankreich und Großbritannien, ein leichter Trend zur rein national definierten Identität zu sehen (Gesamtstudie/Seite 34).

Dabei ist es die Europäische Union, die mit dem Projekt *NextGenerationEU* die Weichen für die Zukunft stellt. Das Konjunkturpaket mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro, das sich auf Deutsch spröde „Wiederaufbaufonds" nennt, hat nicht nur zum Ziel, die europäische Wirtschaft nach der Krise wieder anzustoßen, sondern auch den Umweltschutz und die erneuerbaren Energien zu fördern. Diese Investition könnte, wenn sie mehr darüber wüssten, auch die Unterstützung der jungen Erwachsenen finden, die gerade die Bekämpfung des Klimawandels als wichtigste Aufgabe der EU sehen. Auch wenn das Konjunkturpaket bedeutet, zunächst Schulden auf die kommenden Generationen abzuwälzen. Ob diese Schulden jedoch Hypothek oder Chance für die jungen Erwachsenen sind, darüber wird viel gestritten.

Eine Mehrheit der jungen Deutschen hatte im vergangenen Herbst zumindest eine gemeinsame EU-Schuldenaufnahme zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Coronafolgen befürwortet (31 Prozent fanden dies eher/sehr gut, aber 23 Prozent konnten die Frage nicht bewerten). Denn die jetzt 20-Jährigen sind auch die Kinder der Schuldenbremse, der maroden Schwimmbäder und Schulen. Es sind die Spanier:innen und Italiener:innen, die die massive Jugendarbeitslosigkeit der 2010er selbst erlebt oder vor sich sahen. Damals schnellte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise die europäische Jugendarbeitslosigkeit auf 25 Prozent. Vor allem in Südeuropa war zeitweise die Hälfte der jungen Erwachsenen arbeitssuchend. *Mileuristas* nennt man in Spanien heute die gut Ausgebildeten, die dennoch nur im Niedriglohnsektor arbeiten. Sie sind es, die jetzt Investionen gut gebrauchen können. Denn auch in der aktuellen Krise legte die Jugendarbeitslosigkeit wieder zu und es ist unklar, ob der Trend bereits gestoppt ist.[24]

Was die Frage der Neuverschuldung zur Milderung der Coronafolgen betrifft, hat man in den USA die Entscheidung längst getroffen. Ganz der Idee der *Modern Monetary Politics* folgend, hat man mit Rekordverschuldung ein Rekordinvestitionsinstrument angeworfen, mit Helikoptergeld wird die Wirtschaft angekurbelt. Und während sich in Italien mit *#UnoNonBasta* bereits eine Jugendbewegung formiert hat, die um die Verteilung des Wiederaufbaufonds streitet und deutlich mehr Geld für junge Menschen fordert, ist man in Deutschland angesichts einer so expansiven Geldpolitik skeptisch,[25] vor allem aber findet hierzulande keine Debatte dazu statt. Hier zeigt sich wieder, wie sehr der öffentliche Diskurs noch immer national dominiert ist und sich auch unter jungen Erwachsenen kein europäischer Demos herausgebildet hat.

24 eurostat: Youth unemployment rates, EU-27 and EA-19, seasonally adjusted, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Youth_unemployment_rates,_EU-27_and_EA-19,_seasonally_adjusted,_January_2008_-_April_2021.png.

25 vgl. Redeker, Nils, Lukas Haffert, und Tobias Rommel. „Misremembering Weimar: unpacking the historic roots of Germany's monetary policy discourse", 2019. https://doi.org/10.5167/UZH-177201.

Den Jungen eine Stimme geben

In der Gesamtschau zeigen sich junge Menschen, die trotz Coronapandemie den Klimaschutz als wichtigstes politisches Problem nicht aus dem Auge verloren haben, die sich für Politik interessieren und qualifiziert eine Wahlentscheidung treffen können. Was die Folgen der Schulschließungen und anderen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie betrifft, gibt die TUI Stiftung Jugendstudie Hinweise, wie man besser zwischen jenen differenzieren kann, die sich schneller und besser an die neue Normalität anpassen konnten und jenen, die stärker darunter litten. Letztere sind jene, die sozial eher schlechter gestellt sind, die im Familienkreis vom Coronavirus betroffen waren und die finanzielle Einbußen hatten. Der Blick auf die Jugend muss über die Ausbildungsstätten hinausgehen und berücksichtigen, dass junge Erwachsene mehr verpasst haben als nur den Unterrichtsstoff. Jugendliche tragen heute sehr früh Verantwortung für ihre eigenen Lebenswege, daher könnte man darüber nachdenken, ihnen mehr Teilhabe am Gemeinwesen zuzugestehen. Denn nicht zuletzt ist es auch ein Verdienst der Jugend, dass sie, bei doch überschaubarem Lebensrisiko, keineswegs auf die Einhaltung der Maßnahmen verzichtet und ihre eigenen Interessen zurückgestellt hat.

Marcus Spittler

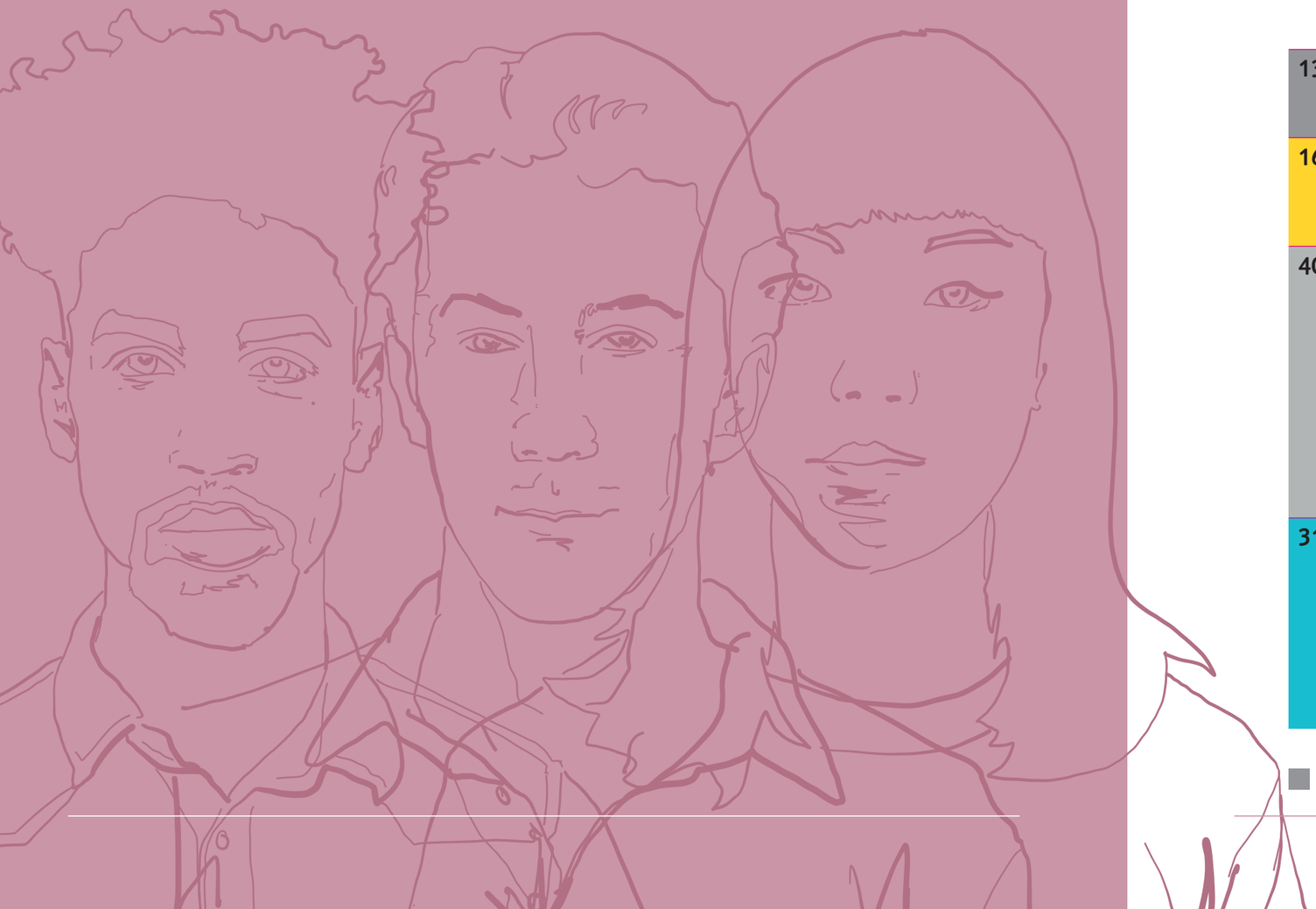
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

JUNGES EUROPA 2021 –

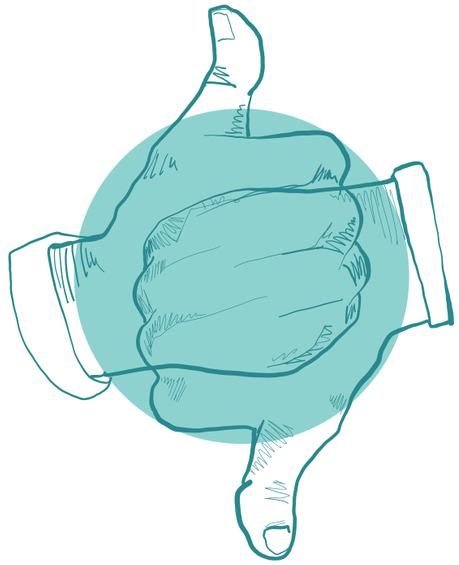
WORDS TOP 20

AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER JUGENDSTUDIE 2021

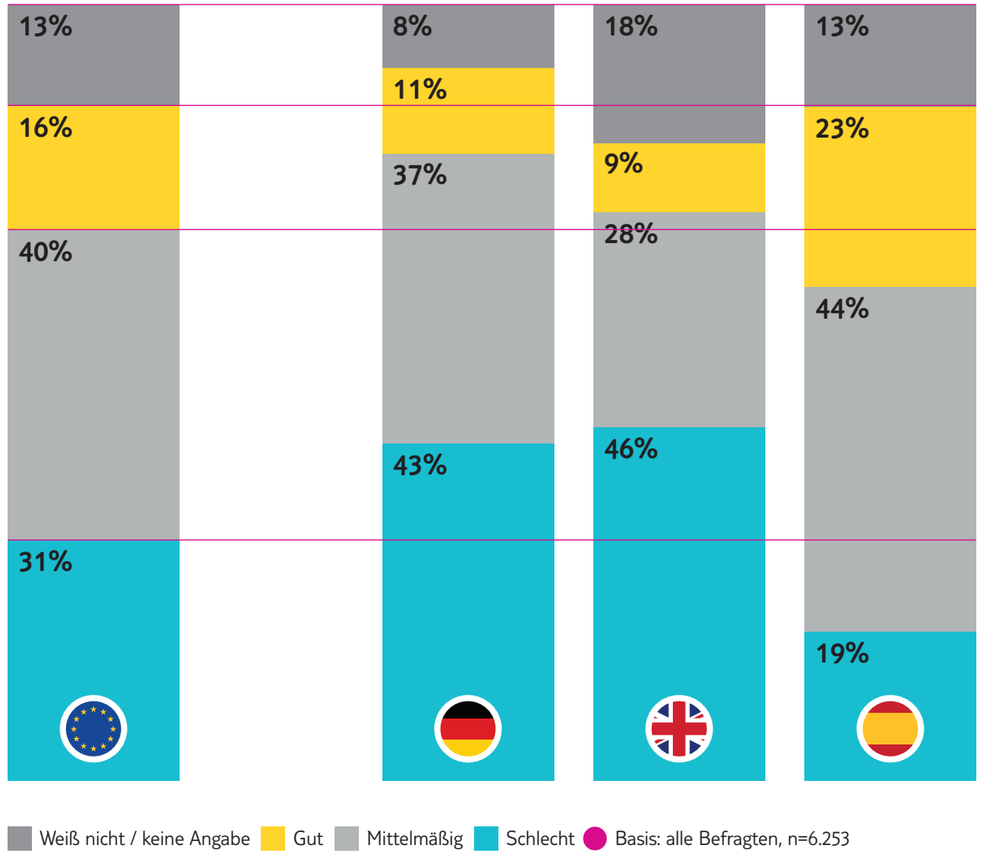
Alle Ergebnisse der Jugendstudie 2021 finden Sie hier (PDF):



WIE BEWERTEN SIE DIE ARBEIT DER EU IN BEZUG AUF DIE CORONA-PANDEMIE?

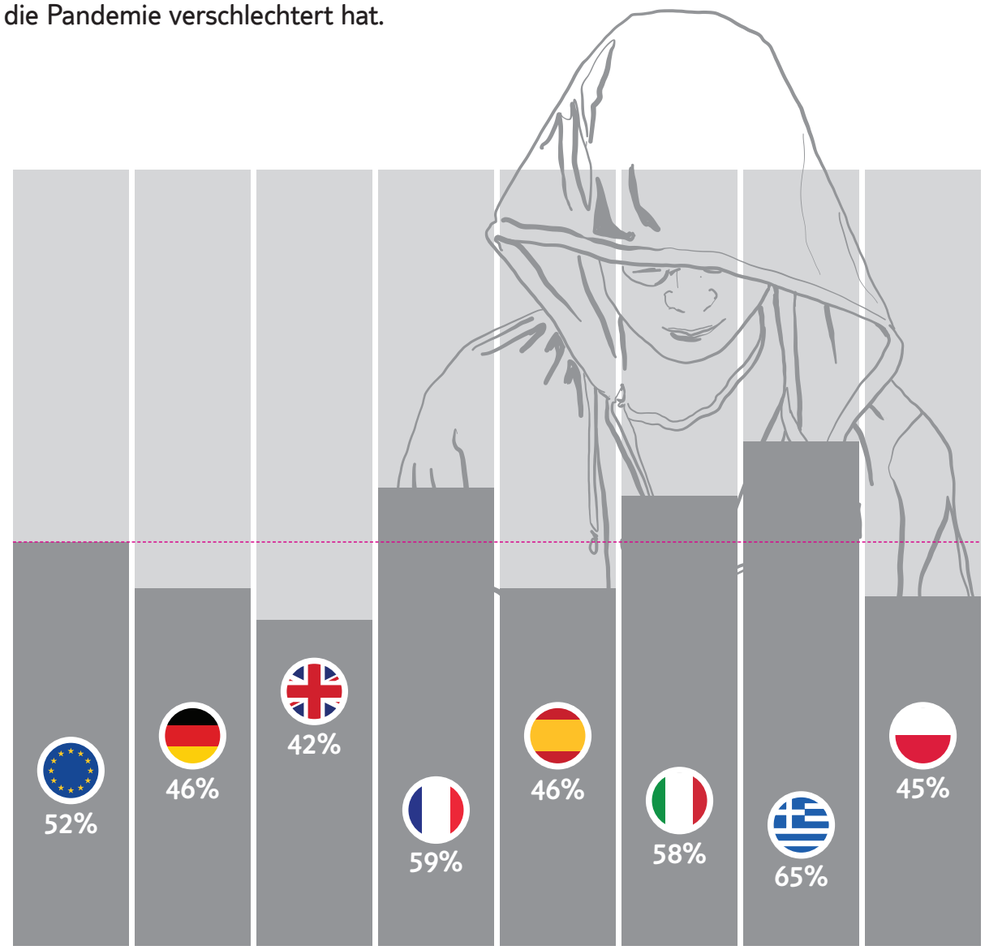


● Nur wenige junge Europäer*innen stellen der EU ein gutes Zeugnis im Umgang mit der Corona-Pandemie aus.



ANTEIL JUNGER MENSCHEN, DEREN LEBENSSITUATION SICH DURCH DIE PANDEMIE VER-SCHLECHTERT HAT.

- Junge Europäer*innen berichten in der Mehrzahl, dass sich ihre Lebenssituation durch die Pandemie verschlechtert hat.



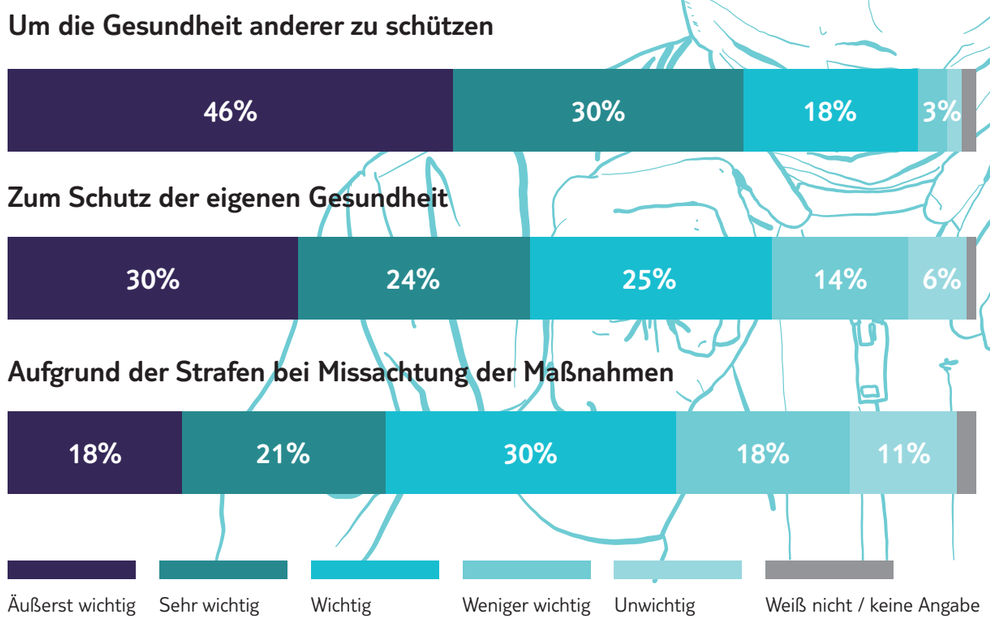
Frage: Wie hat sich die Lebenssituation durch die Pandemie verändert?

Weiß nicht / keine Angabe; Gleichgeblieben; Verbessert — Verschlechtert

Basis: alle Befragten, n=6.253

WIE WICHTIG SIND DIE FOLGENDEN GRÜNDE FÜR SIE, DASS SIE SICH PERSÖNLICH AN DIE CORONA-MASSNAHMEN HALTEN?

- Die große Mehrheit der europäischen Jugend hält sich an die Corona-Maßnahmen, dabei steht vor allem der Schutz anderer im Vordergrund.

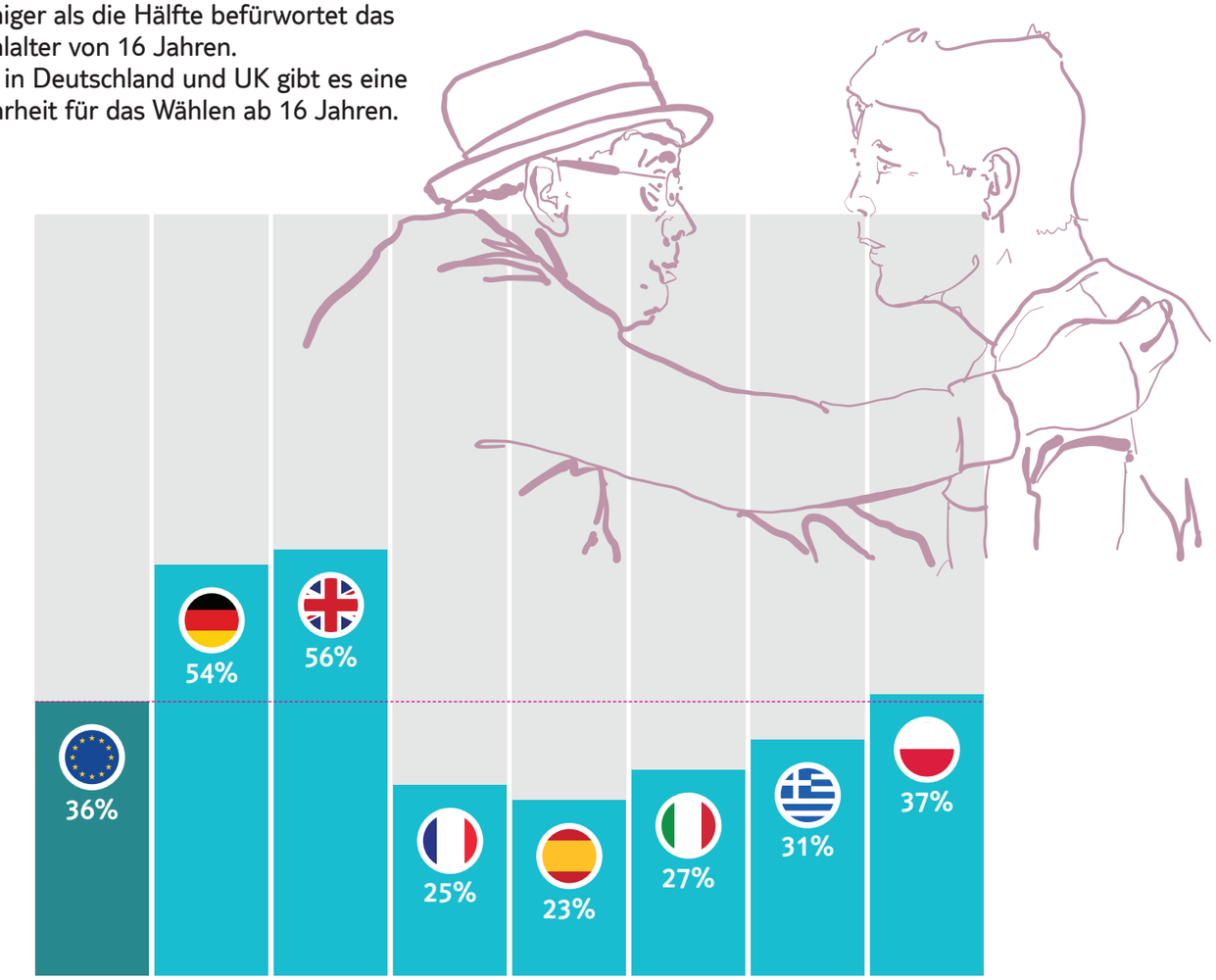


Basis: Befragte, die sich an die Corona-Maßnahmen halten, n=5.889

„ICH FÄNDE ES BESSER, WENN MAN AUF NATIONALE EBENE UND EUROPÄISCHER EBENE BEREITS MIT 16 JAHREN WÄHLEN KÖNNTE.“

Zustimmungswerte in Europa.

- Weniger als die Hälfte befürwortet das Wahlalter von 16 Jahren.
  Nur in Deutschland und UK gibt es eine Mehrheit für das Wählen ab 16 Jahren.

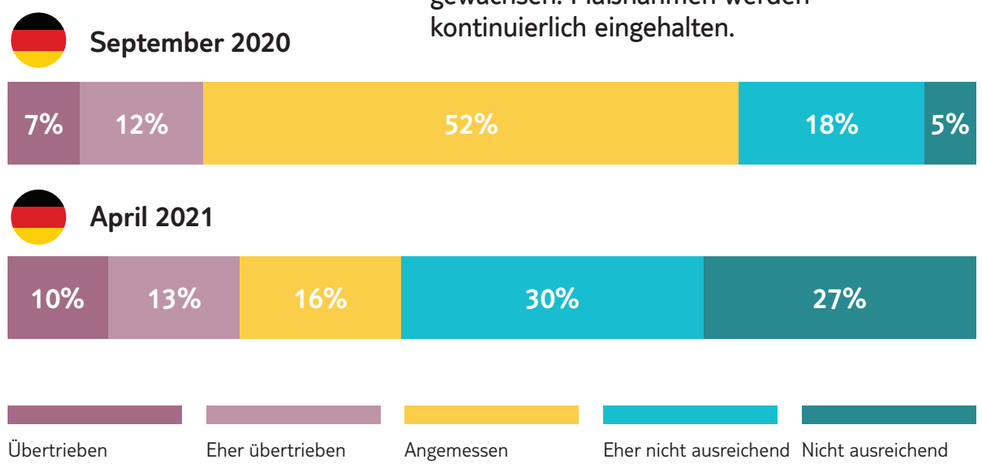


Stimme nicht zu Stimme zu

Basis: alle Befragten, n=6.253, Darstellungen: Top2Boxen [„Stimme eher zu“ + „Stimme voll und ganz zu“], Angaben in Prozent

WIE BEWERTEN SIE DIE BISHER GETROFFENEN MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER CORONA-PANDEMIE IN DEUTSCHLAND GANZ GRUNDSÄTZLICH?

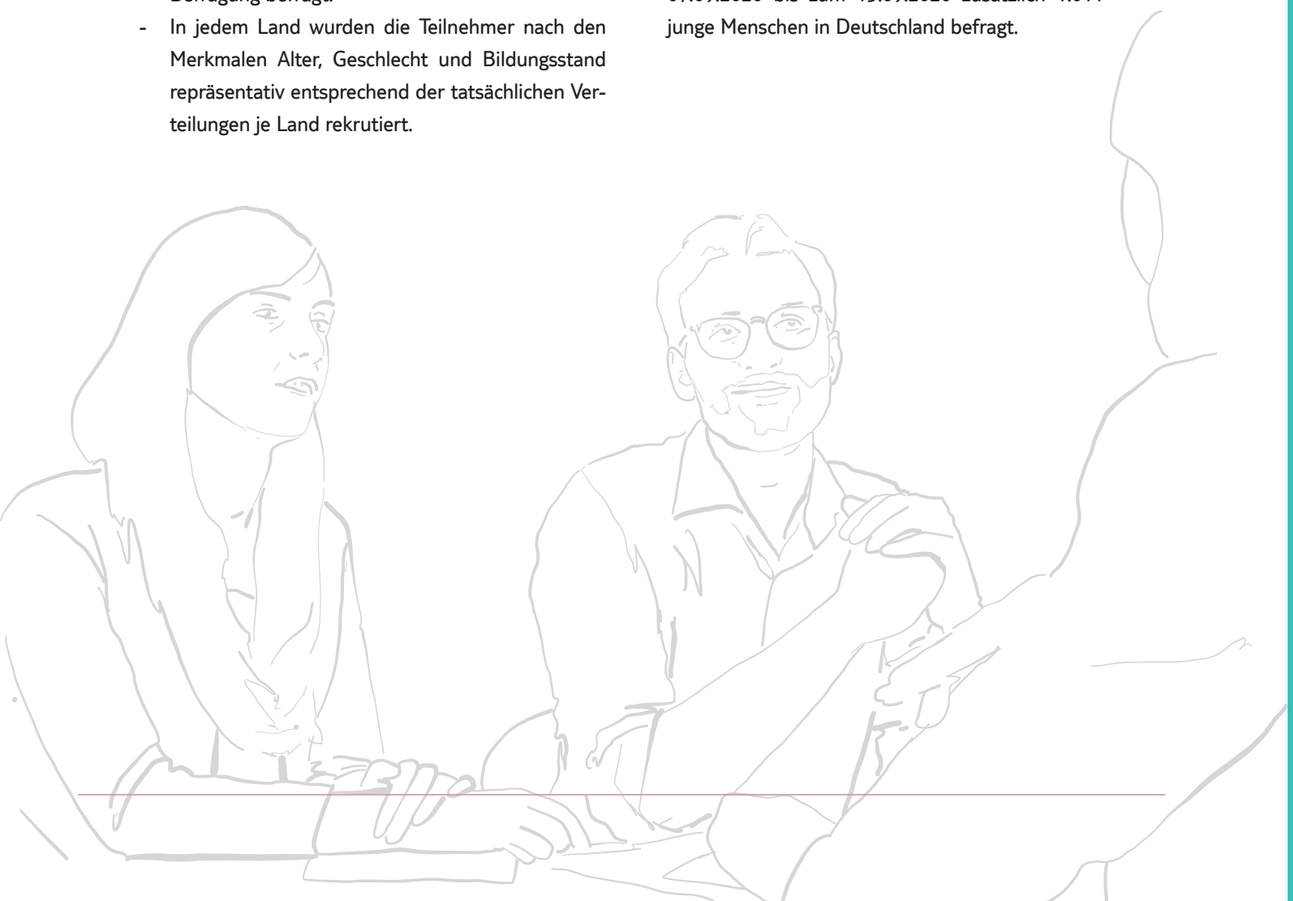
- In Deutschland ist die Kritik an den Maßnahmen von Herbst bis Frühjahr deutlich gewachsen. Maßnahmen werden kontinuierlich eingehalten.



Basis: alle Befragten, n=2.015, „Weiß nicht/keine Angabe“ nicht dargestellt

JUNGES EUROPA 2021: METHODISCHES VORGEHEN

- Seit dem Jahr 2017 führt die TUI Stiftung die Studie „Junges Europa" durch, um die Lebenswelt, Identität und politischen Einstellungen junger Menschen in Europa besser verstehen zu können.
- Dazu wurden vom 08.04.2021 bis zum 27.04.2021 junge Menschen in den folgenden Ländern befragt: Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland, Polen.
- Insgesamt wurden im Jahr 2021 6.253 junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren per Online-Befragung befragt.
- In jedem Land wurden die Teilnehmer nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Bildungsstand repräsentativ entsprechend der tatsächlichen Verteilungen je Land rekrutiert.
- Für die Analyse wurden die Ergebnisse zusätzlich nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet, um geringfügige Abweichungen auszugleichen. Ergebnisse, die über alle Länder hinweg ausgewiesen werden, wurden zusätzlich so gewichtet, dass jedes Land mit dem gleichen Gewicht eingeht.
- Die Befragung im Jahr 2020 fand VOR dem Ausbrunch der Corona-Pandemie statt.
- Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einstellungen zu messen, wurden vom 07.09.2020 bis zum 15.09.2020 zusätzlich 1.011 junge Menschen in Deutschland befragt.



ÜBER DIE TUI STIFTUNG

„Europa. Leben und Verstehen" – dafür setzt sich die TUI Stiftung ein. Im Fokus stehen Bildungsprogramme für Schüler:innen und junge Erwachsene.

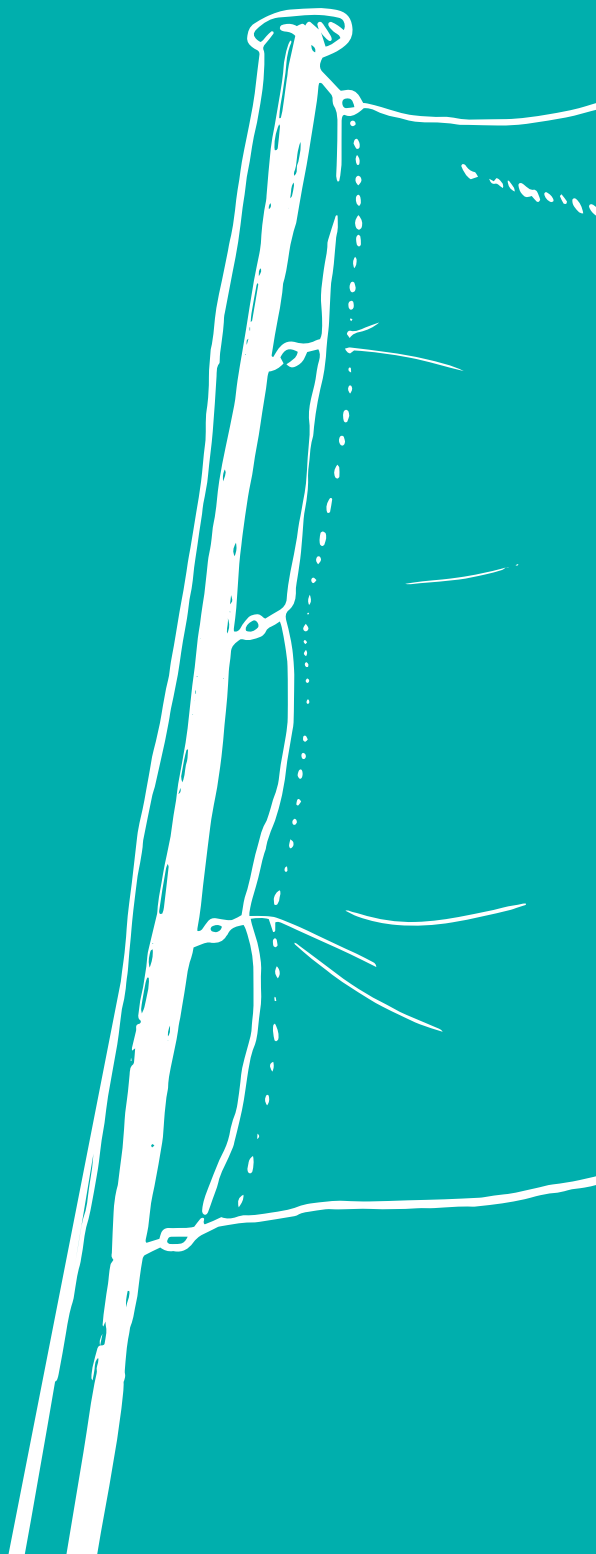
Die TUI Stiftung fördert und realisiert Projekte rund um das Thema „Junges Europa". Ihr Ziel ist es, den Europagedanken zu stärken. Deshalb investiert sie langfristig in regionale, nationale und internationale Projekte mit den Schwerpunkten Bildung, Ausbildung sowie individuelle und berufliche Entwicklung. Sie hat ihren Sitz in Hannover und ist als eigenständige und unabhängige Stiftung dem Gemeinwohl verpflichtet.

IMPRESSUM

Herausgeber:
TUI Stiftung
Geschäftsführerin Elke Hlawatschek
Karl-Wichert-Allee
430625 Hannover

Durchführung der Studie:
YouGov Deutschland GmbH
Richmodstraße
650667 Köln

Gestaltung:
Andreas Mayer
Hasenbergstraße 44
70176 Stuttgart



TUI STIFTUNG